

Statement des deutschen Botschafters im Ständigen Rat am 12.11.2015

Information zum Treffen der Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine am 6. November in Berlin

Das Treffen diente der Bestandsaufnahme und der Festlegung der nächsten Schritte im Nachgang zum Pariser Gipfel vom 2. Oktober. Dem Außenministertreffen vorangestellt war ein Vorbereitungstreffen auf der Ebene Stellvertretender Außenminister/Politischer Direktoren an dem auch Botschafter Sajdik und die vier Koordinatoren der Arbeitsgruppen teilnahmen.

Die Gespräche waren sehr konzentriert, sachorientiert und kollegial. Alle Beteiligten arbeiten nach unserem Eindruck daran, die Schwierigkeiten und Hindernisse, die auf dem Weg zu einer politischen Lösung noch bestehen, zu überwinden. Die in Paris vereinbarten Schritte zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen wurden bekräftigt und konkretisiert.

Die vier Außenminister stimmten in der Notwendigkeit überein, den Waffenstillstand weiter zu konsolidieren, insbesondere in dem Gebiet um den Donetsker Flughafen. Die Konsolidierung des Waffenstillstands ist eine Voraussetzung für Fortschritte in allen Bereichen der Implementierung von Minsk. Entsprechend haben die Minister die Seiten dazu aufgerufen, den Abzug von Panzern und leichteren Artilleriesystemen und Mörsern bis zum 10. November abzuschließen und die Modalitäten, die für diesen Rückzug vereinbart wurden, auch für die schweren Waffen anzuwenden. Die Minister stimmten überein, dass es auf Grundlage der Erfahrungen mit dem Rückzug der leichteren Waffen möglich sein müsste, den Rückzug der schweren Waffen bis Ende November – Anfang Dezember abzuschließen.

Die Minister waren sich einig in ihrer Unterstützung für eine weitere Stärkung der SMM Überwachungskapazitäten, u.a. durch einen weiteren Aufwuchs der Beobachter, die Nutzung technologischer Überwachungsmittel und die Einrichtung weiterer Außenposten.

Die Minenfrage war ebenfalls Gegenstand der Gespräche. Die Koordinatoren wiesen darauf hin, dass die Minen- und Kampfmittelräumung eine Voraussetzung für Fortschritte in anderen Bereichen, wie z.B. dem Wiederaufbau von Infrastruktur ist. Die Minister stimmten darin überein, dass in der AG Sicherheit bis Ende November eine Vereinbarung über das Regelwerk zur Minen- und Kampfmittelräumung erreichen werden sollte.

Der zweite große Komplex, den die Minister besprochen haben, war der politische Prozess, einschließlich der Wahlen. Hier wurden in Paris am 2. Oktober Prinzipien vereinbart und auch die Sequenz, in denen Wahlen und die Einsetzung des Sonderstatusgesetzes abfolgen sollen. Diese Prinzipien und Sequenzen wurden in Berlin bestätigt. Übereinstimmung bestand zudem in der Notwendigkeit, bis Anfang Dezember in der AG Politik Einigkeit über die wesentlichen Prinzipien für ein Lokalwahlgesetz zu erzielen. Außenminister Steinmeier identifizierte in diesem Zusammenhang fünf prioritäre Themen: (1) aktives und passives Wahlrecht für Binnenflüchtlinge, (2) die Rolle der Parteien, (3) die Rolle der zentralen Wahlkommission, (4) der Zugang für Medien sowie (5) Wahlbeobachtung und Sicherheit.

Im Hinblick auf die humanitäre Situation waren die Minister sich einig, dass der Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen und die VN uneingeschränkt gewährleistet werden müsse und dass der Gefangenenaustausch nach dem Prinzip ‚alle für alle‘ erfolgen müsse. Die Minister unterstrichen zudem die Notwendigkeit, zerstörte Infrastruktur, einschließlich der Wasserversorgung wiederherzustellen und in diesem Zusammenhang die Minen- und Kampfmittelräumung zunächst auf die Versorgungsinfrastruktur zu konzentrieren.